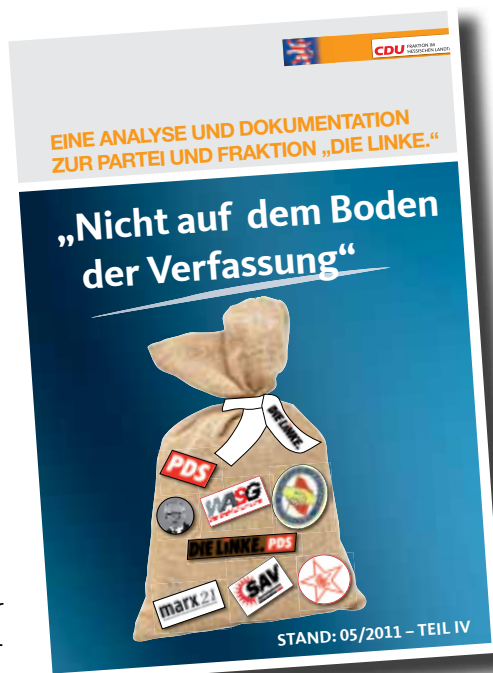


## Vorstellung Dokumentation zur Partei und Fraktion „Die Linke“ in Hessen – Teil IV Dr. Christean Wagner: „Häufigkeit und Intensität extremistischer Auftritte der Partei ‚Die Linke‘ haben zugenommen“ - „Linke bekämpft weiterhin gezielt die parlamentarische Demokratie“

„Die Häufigkeit und Intensität extremistischer Auftritte der Partei ‚Die Linke‘ haben zugenommen und sind in Teilen mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes nicht zu vereinbaren. Es bleibt die Pflicht aller Demokraten, entschieden gegen alle Formen von Extremismus vorzugehen und Demokratie und Rechtsstaat zu verteidigen“, sagte der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Dr. Christean Wagner, anlässlich der Vorstellung einer weiteren Dokumentation der Aktivitäten von Partei und Fraktion ‚Die Linke‘ in Hessen. In fast jeder Landtagssitzungswoche seien von führenden Vertretern Aussagen getroffen worden, die belegten, dass die Partei und ihre Führungspersonen zumindest zum Teil nicht auf dem Boden der Verfassung stünden: Die Unterstützung illegaler Protestformen wie zum Beispiel das sogenannte Castor-Schottern, die Verunglimpfung von Verfassungsorganen oder Gerichtsentscheidungen und die wiederholten Forderungen nach einem gewaltsamen Systemumsturz seien nur einige der Beispiele, die im vierten Teil der Dokumentation belegt und erläutert würden:

- Sabine Leidig, Spitzenkandidatin Hessen (12.9.2009): „Ich wünsche mir soziale Unruhe, die so aussieht, dass die Leute die Verhältnisse in Frage stellen wie sie heute sind. Man muss

sich soziale Unruhen nicht als Straßenkampf vorstellen, aber das ist natürlich auch eine Form.“



- Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende Hessen (Nov. 2009) „Der Grundwiderspruch des Kapitalismus zwischen der ausgebeuteten Mehrheit und der ausbeutenden Minderheit ist nicht wegreformierbar. Deshalb müssen wir das kapitalistische System, das auf Konkurrenz und Ausbeutung fußt, als Ganzes in Frage stellen.“

- Willi van Ooyen, Fraktionsvorsitzender Hessen (28. April 2010) „Es muss in diesem Land eine Debatte geben, wenn die Bespitzelungspraktiken, die

wir aus früheren Jahrzehnten kennen und mit Recht kritisieren, hier einfach fortgeführt werden.“ (gemeint sind die rechtsstaatlichen Ermittlungsmethoden von Polizei und Verfassungsschutz)

„Das Verhältnis der Partei ‚Die Linke‘ zu Demokratie und Parlamentarismus ist weiterhin gespalten. ‚Die Linke‘ vertritt offen eine politische Doppelstrategie. Einerseits soll durch die Teilnahme an demokratischen Wahlen Einfluss auf die demokratischen Willensbildungsprozesse genommen werden. Parallel werden immer wieder außerparlamentarische Kräfte mobilisiert, um die Autorität von Parlamenten und Regierungen zu untergraben. ‚Die Linke‘ bekämpft weiterhin gezielt die parlamentarische Demokratie, die unserem Land nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Frieden und Wohlstand gebracht hat“, erläuterte Wagner. Völlig zurecht werde die Partei ‚Die Linke‘ deshalb auch weiterhin vom Bundesamt für Verfassungsschutz und mehreren Verfassungsschutzbehörden der Länder beobachtet.

„Die Dokumentation macht erneut deutlich, dass Teile von Partei und Fraktion ‚Die Linke‘ verfassungsfeindliche Ziele verfolgen. Auch wenn der politische Einfluss der Linken derzeit überschaubar ist, muss es für alle demokratischen Parteien eine Selbstverständlichkeit sein, nicht mit ihnen zu

sammenzuarbeiten, sondern den Verfassungsfeinden entschlossen entgegenzutreten“, forderte Wagner. Wer 50 Jahre nach dem Bau der Berliner Mauer mit der Nachfolgeorganisation der Staatspartei des Unrechtsregimes DDR zusammenarbeite, verrate die friedliche Revolution der Menschen in der ehemaligen DDR. „Auch der Hinweis auf eine demokratische Legitimation durch Wahlen verfängt nicht. Eine demokratische Wahl macht ‚Die Linke‘ noch lange nicht zu einer demokratischen Partei“, sagte Wagner.

Nach wie vor fehle bei den Linken eine überzeugende kritische Haltung

oder gar Verurteilung des „praktizierten Sozialismus“ in der DDR und in der Sowjetunion. Zahlreiche Äußerungen bestätigten eher den Eindruck, dass das politische und wirtschaftliche System der DDR weiterhin Vorbild sein soll für ein anzustrebendes neues System. Solche Art von Geschichtsklitterei gelte es aufzudecken. „Die Partei ‚Die Linke‘ ist in organisatorischer, finanzieller und personeller Hinsicht die direkte Rechtsnachfolgerin der SED. Deswegen ist eine Auseinandersetzung mit denjenigen, die heute die DDR schönreden, aus unserer Sicht dringend notwendig“, so Wagner.

Ein Vergleich des aktuellen Programmwurfs der Partei ‚Die Linke‘ mit dem Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands von 1918 (siehe Seite 9 f. der Dokumentation) belege im Übrigen, wie sehr ‚Die Linke‘ noch heute dem kommunistischen Gedankengut verhaftet geblieben sei. „Nicht ‚Freiheit durch Sozialismus‘, wie Die Linke behauptet, sondern Armut und Unfreiheit durch Sozialismus sind, wie geschichtlich nachgewiesen, die Konsequenzen ihrer Programmatik“, sagte Wagner.

Web: <http://cdulink.de/dokuIV>

## Auftaktveranstaltung der Wertereihe Christean Wagner: „Bewahrung und Erneuerung sind Schlüsselbegriffe einer erfolgreichen Bürgergesellschaft“



„Die Debatte um die Bedeutung von Volksparteien für unser Gemeinwesen ist heute aktueller denn je,“ sagte der Vorsitzende der hessischen CDU-Landtagsfraktion, Dr. Christean Wagner, zum Auftakt der neuen Veranstaltungsreihe „Was uns leitet – Eine Kultur der Bewahrung und Erneuerung“ am Dienstagabend. Als Ursache für die Schwäche der Volksparteien in den letzten Jahren werde oft ein nachhaltiger und tiefgreifender sozialer

und kultureller Wandel angeführt, der zu einer Individualisierung und Pluralisierung der Gesellschaft geführt habe und sich nun auch im Wahlverhalten widerspiegele. Die Menschen – so die Behauptung – hätten vor allem ihre persönlichen Interessen und Ziele im Blick und würden sich dann, wenn die regierenden Kräfte diese nicht erfüllten, schnell von ihnen abwenden. Kleinere Parteien hätten dagegen den Vorteil, sich auf bestimmte

Interessengruppen konzentrieren zu können, erläuterte Wagner. Der hessische CDU-Fraktionsvorsitzende bezweifelte, ob dies eine ausreichende Begründung für die gegenwärtige Lage der beiden großen Volksparteien sei. „Führen gesellschaftliche Veränderungen zwangsläufig innerhalb weniger Jahre zu historischen Tiefständen bei Wahlergebnissen? Oder liegt es an den Parteien selbst, die ihr Profil stärker herausarbeiten müssen, um erfolgreich zu sein?“, fragte Wagner.

Der hessische CDU-Fraktionsvorsitzende bezeichnete es als eine Fehlvorstellung, zu glauben, Volksparteien müssten bei allen ihren politischen Zielen eine aktuelle Umfragemehrheit besitzen. Wichtig sei viel mehr, dass die Partei bei der Summe der von ihr vertretenen Positionen ein deutlich erkennbares Profil besitze. „Es gibt Themen, die nicht nach Umfragen entschieden werden, sondern nach Überzeugungen“, so Wagner.

Ursache für den Stimmenrückgang seien das abnehmende Profil und die fehlende Erkennbarkeit der großen Volksparteien. „Eine starke und motivierte Mitgliederschaft und Stammwählerschaft sind die unabdingbaren Voraussetzungen für den politischen Erfolg. Wer vorrangig Wechselwähler bedienen will und dabei „sein Kapital“, die treuen Anhänger, vernachlässigt, läuft Gefahr, beide zu verlieren und damit den Status als Volkspartei einzubüßen. Deshalb ist es auch gefährlich, sich programmatisch anderen Parteien anzunähern, um sich bei deren Wählern anzubiedern“, so Wagner.

Mit der Veranstaltungsreihe wolle die hessische CDU-Landtagsfraktion den öffentlichen Diskurs fortsetzen und eine „Kultur der Bewahrung und Erneuerung“ verstärkt in den Mittelpunkt rücken. „Gerade weil die Zeiten so schnelllebig sind, sollten wir alle neben dem politischen Alltagsgeschäft über den Tag hinaus denken. Dies wollen wir mit den acht Vorträgen führender Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, Religion, Wissenschaft und Justiz fortsetzen. Wir versprechen uns von den Vorträgen wichtige Impulse nicht nur für unsere eigene politische Arbeit, sondern darüber hinaus auch für eine zukunftsgerichtete Gestaltung von Staat und Gesellschaft in unserem Land“, stellte Wagner klar.



In der Auftaktveranstaltung am Dienstagabend referierte der renommierte Wahl- und Parteienforscher, Prof. Dr. Jürgen W. Falter, zum Thema „Bewahrung und Erneuerung der Idee der Volkspartei“. Professor Falter, Jahrgang 1944, war nach dem Studium der Politikwissenschaften und der Neueren Geschichte an den Universitäten Heidelberg und Berlin (FU) sowie Promotion und Habilitation an der Universität des Saarlandes seit 1983 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Berlin (FU). Seit 1993 ist er Inhaber des Lehrstuhls für Politikwissenschaft an der Universität Mainz.

400 Teilnehmer im Foyer des Hessischen Landtags in Wiesbaden bewiesen, dass die Frage nach ei-

ner Kultur der Bewahrung und Erneuerung von großem Interesse ist. „Bewahrung und Erneuerung sind Schlüsselbegriffe einer erfolgreichen Bürgergesellschaft. Es ist Aufgabe von Politik, das Spannungsverhältnis zwischen Bewahrung und Erneuerung zum Wohle des Staatswesens immer wieder neu auszutarieren. Dies geschieht nicht durch das Festhalten an überkommenen Strukturen, sondern durch die kritische Analyse des gesellschaftlichen Wandels und das Auffinden von Lösungen auf der Grundlage eines profilierten Wertefundaments. Es muss darum gehen, Erhaltenswertes zu erhalten und Verbesserungswürdiges zu verbessern“, sagte Wagner.

## Fusion Deutsche Börse AG

### Clemens Reif: „Fusion mit der Ikone der Weltbörsen unter Führung der Deutschen Börse AG sichert den Finanzplatz Frankfurt langfristig“

Als „wenig fundierten Beitrag“ bewertete der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses und Wirtschaftsexperte der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Clemens Reif, die Kritik der SPD an der geplanten Fusion der Deutschen Börse AG mit

der New York Stock Exchange Euronext. „Im Hinblick auf die Sicherstellung der zentralen Börsenfunktionen und die rechtlichen Rahmenbedingungen liegt es bei den zuständigen Kartell- und Kontrollbehörden, kritisch und konstruktiv die

weiteren Schritte der Fusion zu begleiten. Dies ist bei der Landesregierung in guten Händen“, so Reif. „Wir sprechen über die Fusion von zwei der bedeutendsten Börsenbetreiber weltweit. Das birgt auch Risiken, ohne Frage. Aber die Chancen über-

wiegen bei weitem: Der Finanzplatz Frankfurt wird sich im Wettstreit um internationale Investoren noch stärker global ausrichten und den Unternehmen eröffnen sich neue Möglichkeiten zur Finanzierung von Zusammenarbeit, Innovation und Wachstum. Die Deutsche Börse ist hier nicht das ‚hässliche Entlein‘, sondern bringt exzellente Börsentechnologie sowie eine führende Position im Derivatehandel und –Clearing ein. Die SPD verschließt vor diesen Chancen die Augen und schürt bei den Beschäftigten unnötig Ängste“, sagte Reif.

„Die Fusion ist ein ‚Ritterschlag für die Deutsche Börse in Frankfurt und

auf mittlere Sicht eine einmalige Chance für den Börsenplatz. Bereits jetzt ist die Stadt mit über dreihundert Banken und als Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB), der europäischen Versicherungsaufsicht CEIOPS sowie des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken das zentrale Tor in die Eurozone. Zudem steigen mit einer erfolgreichen Fusion auch die Chancen, dass Frankfurt Standort eines Regionalzentrums der Weltbank wird“, machte Reif deutlich.

„Wir müssen die Fusion als Chance begreifen, eigene Stärken, auch im Hinblick auf den regulatorischen Rahmen, in den gemeinsamen Bör-



senkonzern einzubringen“, so Reif abschließend.

## „Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik“ Staatssekretärin Prof. Dr. Luise Hölscher zu Gast beim Zukunftsforum „Finanzplatz Frankfurt“



Für seine aktuellste Veranstaltung hat das Zukunftsforum „Finanzplatz Frankfurt“ (ZFF) die Staatssekretärin aus dem Hessischen Ministerium der Finanzen, Frau Prof. Dr. Luise Hölscher, als Referentin begrüßen kön-

nen. Die Veranstaltung fand diesmal in den Räumlichkeiten der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main statt.

Nach einer Begrüßung durch den Vorsitzenden des ZFF, Herrn Dr. Hans Reckers, trug Frau Prof. Dr. Hölscher zum Thema „Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik“ vor und skizzierte dafür zunächst die Komponenten der demografischen Entwicklung, die letztlich in einen Rückgang der hessischen Bevölkerung und eine deutliche Verschiebung der Altersstruktur führen werde. Dabei könne das Rhein-Main-Gebiet tendenziell noch mit einem Einwohnerzuwachs rech-

nen, ganz anders sähe dies aber in Mittel- und insbesondere Nordhessen aus.

Daran anschließend beschrieb Staatssekretärin Hölscher die Auswirkungen dieser Entwicklungen auf die Öffentlichen Haushalte und machte dies an Beispielen auf der Einnahme- und der Ausgabenseite deutlich. Dabei stellte sie insbesondere klar, dass vielen potentiellen Entlastungen bereits heute tatsächlich klar zu benennende Belastungen gegenüberstünden, die nur in sehr langfristigen Zeiträumen positiv veränderbar wären. Dennoch müsse die Gesellschaft auf diese Entwicklung reagieren, da ohne entsprechende Reaktion die Ausgaben je Einwohner deutlich steigen würden. Die demografische Entwicklung stelle damit die zentrale Herausforderung für die zukünftige Struktur öffentlicher Haushalte dar.